

Gegenstand: Digitalisierungsbericht Stadt Speyer - Digitallotsen

Frau Threin (Hauptverwaltung – Digitale Verwaltung) [berichtet anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beiliegt, über die aktuellen Arbeitsschritte in der Digitalisierung der Verwaltung, insbesondere die Installation von sog. Digitallotsen in den einzelnen Verwaltungsbereichen.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte wissen, wie hoch der Bedarf an Lotsen ist und wie viele noch fehlen; nach ihren Erfahrungen müsste nach der Transformationslehre eigentlich die umgekehrte Reihenfolge gegangen werden und das Thema von oben her vorangetrieben werden. Nach Ansicht von Frau Threin ist man inzwischen breit aufgestellt und hat 25 „Lotsen“ im Einsatz; die Führungskräfte sind einbezogen und haben die Notwendigkeit digitaler Prozesse erkannt.

Herr Oehlmann zeigt sich etwas schockiert von den Ausführungen, die eigentlich Selbstverständlichkeiten beschreiben. Er fragt sich, was ist dann in den letzten 4,5 Jahren unter Führung der ehrenamtlichen Beigeordneten eigentlich passiert ist. Der Fachausschuss, der wichtiger denn je erscheint, wurde abgeschafft. Er weiß von einer Reihe von Unternehmen, die ihr IT-Know-How gerne der Stadt zur Verfügung gestellt hätten, aber nicht gehört wurden.

Die Verwaltung hätte sich mehr politische Unterstützung gewünscht, so die Vorsitzende. Man stößt immer wieder auf Probleme mit Fachverfahren sowie auf mangelnde gesetzliche Vorgaben aus dem Bund. Sie schlägt vor, ein einschlägiges Fachverfahren in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen, um die Problematiken zu demonstrieren.

Frau Holzhäuser erkundigt sich nach dem Gesamtbedarf. Dieser liegt bei ca. 40 Personen. Eine Freistellung dafür gibt es nicht, die Personen leisten das neben ihrer „normalen“ Arbeit, es gibt auch keine gesonderte Vergütung dafür.

Gegenstand: Erstellung einer neuen Digitalstrategie für die Stadt Speyer ab 2025 ff.
Vorlage: 0365/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Threin (Hauptverwaltung – Digitale Verwaltung) erläutert [anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beiliegt, nochmals die Inhalte der Vorlage.

Als Nachfolgeregelung ist ein neuer, mehr praxisorientierter Ansatz geplant. Durch die Beteiligung einer Hochschule sollte der Blick von Studierenden von außerhalb genutzt werden.

Herr Oehlmann spricht sich dafür aus, erst noch Abzuwarten, was vom neuen Bundesministerium für Digitalisierung kommt. Die FDP kann der Vorlage nicht zustimmen, diese sei viel zu schwammig. Es wird kritisiert, dass praxisorientierte Thementreiber aus der Kommune, die sich auch im Ausschuss eingebracht hatten, im Prozess nicht gehört werden.

Die Vorsitzende berichtet, über den alltäglichen Kampf mit den Widrigkeiten auf verschiedenen Ebenen. Leider hat man in der Verwaltung keine einheitliche Software eines Herstellers für alle Belange, sondern ein Konglomerat von unterschiedlichsten Fachanwendungen. Die bisherige Strategie war mit sehr heißer Nadel zusammen mit der Uni gestrickt worden, um noch Fördermittelanträge stellen zu können.

Frau Dr. Heller zeigt sich empathisch; nach ihren Erkenntnissen sind die Zuständigkeitsverhältnisse auch auf Bundesebene schlimm. Die Grünen sehen die Abhängigkeit von globalen Playern – wie der Firma mit 3 Großbuchstaben – kritisch, es sollte mehr ein Schwerpunkt auf eine Digitalisierung Richtung Open Source stattfinden, wie das Beispiel Schleswig-Holstein zeigt. Sie thematisiert auch die Vergleichbarkeit von Prozessen in den Kommunen innerhalb eines Landes. Daher werde eher die kleinere Variante präferiert.

Laut Frau Keller-Mehlem ist dabei ein dickes Brett zu bohren. Aus Sicht von UfS sollte man jemanden gewinnen, der sowohl Speyer kennt als auch über den Tellerrand schaut und in einer befristeten Projektstelle einsetzen. Nach Ansicht der Vorsitzenden könnte das jemand von der Uni sein, der die Stadt befristet unterstützt.

Frau Dr. Mang-Schäfer freut sich grundsätzlich über die Vorlage, muss sich aber den Argumenten der FDP anschließen. Teile der Vorlage entsprechen genau den Inhalten der alten Strategie. Die SWG wirft die Frage auf, welche davon noch notwendig sind. Vielleicht wird eine große Lösung erst in 3 Jahren fällig. Eine Unterstützung durch die Uni wird grundsätzlich unterstützt, der Einsatz eines externen Büros aber kritisch gesehen.

Herr Baust rät davon ab, auf die Regierung zu warten. Und man sollte auch die Firma mit den 3 Buchstaben nicht verteufeln. Die FWS können dem Vorschlag grundsätzlich zustimmen.

Herr Kabs ist der Auffassung, eine interne Bearbeitung verfolgt grundsätzlich das gleiche Ziel wie ein externes Büro. Er sieht dabei einen schwimmenden Übergang. Daher würde auch die CDU die kleine Lösung favorisieren.

Die Vorsitzende formuliert sinngemäß eine Beschlussempfehlung, wonach die bisherige Strategie zu überprüfen und in die Fortschreibung einzuarbeiten ist sowie parallel Angebote eingeholt werden; diese sind nach der Sommerpause dem HSDA vorzustellen. Außerdem sollte auch auf Open Source Möglichkeiten eingegangen werden.

Sie schlägt daher vor, keine Beschlussfassung in den Stadtrat nächste Woche einzubringen und die Entscheidung zunächst zurückzustellen.

Dieser Empfehlung folgt der Ausschuss (bei 1 Enthaltung: AfD).

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1.3

Gegenstand: Teilnahme am interkommunalen Kooperationsprojekt „IKZ Urbane Sicherheit durch mobile Sperren“
Vorlage: 0366/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Threin (Hauptverwaltung – Digitale Verwaltung) trägt in Vertretung von Herrn Kölsch (Sicherheitskoordinator) das IKZ-Projekt für Veranstaltungen in der Region [anhand einer Präsentation](#) vor, die dieser Teilniederschrift beiliegt.

Geprüft werden muss allerdings noch die Fördermittelfähigkeit dieses Projekts.

Frau Holzhäuser möchte wissen, ob Speyer bei diesem Mammutprojekt den Hut aufhat. Die Vorsitzende erläutert, über die Speyerer Feuerwehr werde das bereits im kleineren Umfang gelebt; Speyer versorgt bereits andere Kommunen mit technischer Ausstattung.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte präzisiert haben, dass „mobile Sperren“ die beweglichen Teile sind, nicht die Betonpoller und wer an der Zusammenarbeit teilnehmen kann. Laut Vorsitzender ist die Teilnahme nur den IKZ-Kommunen möglich, es sind aber schon fast alle dabei. Die organisatorische Abwicklung muss noch im Detail abgesprochen werden, Ziel ist eine niederschwellige Lösung.

Herr Oehlmann hinterfragt welche Summe des 360.000 € Einmalbetrags auf die einzelnen Kommunen entfällt und was bei Überschneidung von Terminen passiert; müssen die Einzelkommunen ebenfalls noch Gerät vorhalten? Nicht bei allen Gemeinden besteht der Bedarf im gleichen Umfang, so die Verwaltung. Aktuell erfolgt die Abwicklung über den Baubetriebshof. Die Fördermittel sind für das IKZ-Projekt allgemein gedacht, nicht für Einzelgemeinden. Herr Oehlmann interessiert sich weiterhin für die Wirtschaftlichkeitsberechnung, da es ja oft um Sondereinsatzfahrzeuge geht. Hier wird laut Vorsitzender auch eine Kooperation mit den Schaustellern angestrebt (z.B. Kranfahrzeuge).

Herr Popescu sieht Speyer mal wieder federführend. Er hinterfragt, wer Eigentümer von was wird. Außerdem sei die Logistik ein Schwerpunkt. Jede Gemeinde verfügt über eine Ausstattung mit einem Grundstock; der Rest wird auf Verleihbasis ergänzt, so die Verwaltung.

Frau Dr. Heller erinnert an einen Beschluss von 2022, bei dem die Installation von festen Pollern in bestimmten Bereichen vorgesehen war; wie sieht da die Entwicklung aus? Die Vorsitzende kündigt für den Lauf des Jahres eine neue Vorlage für städtebauliche Fördermaßnahmen an. Es hat eine Weiterentwicklung der Technik stattgefunden, die den alten Beschluss ablöst.

Herr Baust spricht ein großes Lob für die Vorarbeit aus. Was in Mannheim sehr gut funktioniert hat, waren die Warn-Apps. 100 % Sicherheit könne nie gewährleistet werden. Bezüglich Festumzügen sollten Kontakte mit den gewerblichen Speditionen und der Müllabfuhr für Sperren aufgenommen werden. Die Stadt war bisher nicht Veranstalter der Umzüge, so die Vorsitzende. Aktuell ist eine Sicherung über städtische Fahrzeuge gewährleistet. Herr Baust erinnert daran, an das LKW-Fahrverbot an Wochenenden zu denken.

Frau Keller-Mehlem thematisiert das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Begrüßt wird eine gemeinsame Nutzung und engere Abstimmung bei den organisatorischen Maßnahmen. Was passiert aber z.B. bei Terminen wie dem Weihnachtsmarkt, der zeitgleich überall stattfindet? Sie möchte weiterhin wissen, ob der Einsatz der Sperren auch erfolgt, wenn die Straße am Wochenende voll und keine Veranstaltung ist.

Das ist für die Bevölkerung sicherlich keine plausible Erklärung, so die Vorsitzende. Die Stadt versucht aber, sich im Veranstaltungsbetrieb an die Rahmen des POG zu halten. Das Bussystem über die Maximilianstraße erschwert den Einsatz versenkbarer Poller. Es seien auch keine signifikanten Gesetzesänderungen durch das Land zu erwarten.

Frau Dr. Mang-Schäfer beantragt, in der Beschlussempfehlung den 2. Absatz zu ändern. Es sollte keine Blanko-Genehmigung für eine Beschaffung ohne Ratsbeschluss geben. Die Vorsitzende schlägt vor, den Betreff „zu planen“ zu verwenden.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschluss (bei 1 Enthaltung: AfD):

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Städten Neustadt an der Weinstraße, Germersheim, Bad Dürkheim sowie den Landkreisen Bad Dürkheim, Germersheim, Neustadt und dem Rhein-Pfalz-Kreis das interkommunalen Kooperationsprojekt (IKZ) „Urbane Sicherheit“ durchzuführen und alle notwendigen Maßnahmen hierfür zu ergreifen bzw. an ihnen mitzuwirken.

Sie wird zudem ermächtigt, Fördermittel in Höhe von bis zu 360.000 € beim Land Rheinland-Pfalz zu beantragen und notwendige Haushaltsmittel für mögliche Anschaffungen, Lagerung und Logistik sowie Aus- und Fortbildungen vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln zu planen.

6. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 04.06.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Zuweisungen und Zuschüsse der von der Stadt Speyer verwalteten
rechtsfähigen und nichtrechtsfähigen Stiftungen aus dem Jahresabschluss 2024
Vorlage: [0357/2025](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Ausschuss nimmt die Informationen zustimmend zur Kenntnis.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Sachstand Objekt Am Heringsee 10 - Information

Frau Bast (Technisches Gebäudemanagement) erläutert [anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beiliegt, den baulichen Zustand des Objektes.

Für eine Sanierung und die Schaffung von 3 Wohnungen mit zusammen rund 337 m² Wohnfläche werden nach einer ersten Kalkulation eines Architekturbüros rund 1,8 Mio. € veranschlagt, ein Abriss und Neubau schlägt mit rund 1,7 Mio. € zu Buche. Alternativ wäre auch ein gewerblicher Verkauf denkbar.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Optionen in einem der nächsten Ausschüssen zu beraten, um festzulegen, was die Stadt unternimmt.

Frau Dr. Mang-Schäfer fragt nach dem Denkmalschutz; das Objekt unterliegt keinem Schutz.

Red. Anmerkung:

Die FDP-Fraktion hat im Nachgang hinsichtlich der Meinungsbildung noch Bestandspläne des Objektes, Gutachten zur Statik sowie vorhandene Gutachten zur Altlastenproblematik nachgefordert.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Rückübertragung des ehemaligen Stiftungskrankenhauses an die Stadt Speyer
Vorlage: 0360/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende erläutert, das Thema sei in der Vergangenheit 2 x beraten worden. Der Ausschuss wollte noch eine Finanzauskunft und eine Gegenüberstellung von Pro und Contra für beide Varianten. Das Stiftungs Krankenhaus ist ein ehemals städtisches Gebäude, das an die Stiftung für 37.000 € übertragen wurde. Ein Rückkauf zum annähernd gleichen Preis ist möglich. Die Stadt ist für Investitionen finanziell deutlich besser aufgestellt als die Stiftung.

Hinsichtlich des Stiftungszweckes subventioniert die Stiftung nur die Seniorenpflege, alle anderen denkbaren Nutzungen nicht. Die Stadt hat mit dieser Vorlage den Auftrag erfüllt. Die Entscheidung liegt nun bei den Gremien.

Herr Kabs spricht sich seitens der CDU gerne für den Erwerb aus, da die Stiftung in der Entscheidung viel gebundener ist als die Stadt.

Die SPD sieht das durch Herrn Gottwald deutlich skeptischer. Die Stiftung gewährleistet den Einsatz für soziale Zwecke. Eine Anpassung des Satzungszweckes in der Satzung durch den Stadtrat ist möglich. Die Vorsitzende stellt fest, dass der Stadtrat für beides das Entscheidungsgremium ist. Fördermittelanträge sind nur für die Stadt möglich, nicht aber für Stiftungen.

Herr Haupt erklärt, nach interner Beratung befürworte die AfD ganz klar den Erwerb. Wohnungen für eingeschränkte Personen in der Innenstadt seien notwendig.

Auch die Linke ist laut Herrn Popescu immer noch für eine Rückübertragung. Kritisch stehe man zu einer Änderung des Stiftungszweckes der BüHo. Alle Projekte können auch von der Stadt sozial umgesetzt werden, allerdings mit einem ganz anderen finanziellen Rahmen durch Fördermittel.

Auch die Grünen stimmen durch Frau Zachmann den Punkten der Vorlage vollumfänglich zu.

Frau Keller-Mehlem fordert eine Festschreibung von sozialer Verantwortung auch für die Stadt als Eigentümerin. Zu Presseberichten korrigiert sie, die UfS-Fraktion hat keine neue KiTa beantragt, sondern nur auf eine Umsetzung wie im Martha-Heim hingewiesen.

Für die FDP macht ein Eigentum der Stadt bei Entscheidungen freier, so Herr Oehlmann. Es besteht Konsens für soziale Zwecke, die man aber an der ein oder anderen Stelle etwas abspecken muss.

Der Prüfungsauftrag der Verwaltung ist abgearbeitet so Frau Dr. Mang-Schäfer. Die SWG trägt aber keine Rückübertragung vor Verabschiedung des endgültigen Nutzungskonzepts mit. Die Vorsitzende wiederholt, es seien keine Fördermittelanträge in dem Maße durch die Stiftung möglich wie durch die Stadt, auch nicht in der Planungsphase. Vorgesehen ist kein Seniorenwohnheim, sondern eine Mischnutzung mit Seniorenwohnungen. Die Stiftung hat in der Vergangenheit keine Rückstellungen für die Sanierung des Objekts gebildet. Alle Kosten gingen zu Lasten der Stiftung.

Herr Gottwald ergänzt, der Hinweis auf die Fördermittelfähigkeit sei ein absoluter Game-Changer für die SPD. Die soziale Klammer muss da sein, dann stimmt auch die SPD zu.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: SWG und 1 Enthaltung: FWS):

Die Stadt Speyer erwirbt von der Bürgerhospitalstiftung das Eigentum an dem ehemaligen Stiftungskrankenhaus nebst den dazugehörigen Grundstücken Ludwigstraße 15-19 (Flurstück-Nummern 1286/5, 1285/2, 1285/3, 1267/3 und 1266/2) zu dem Wert des von der Bürgerhospitalstiftung bei Erwerb übernommenen Restdarlehens zuzüglich der damals gezahlten Grunderwerbsteuer in Höhe von insgesamt 38.466,77 €.

6. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 04.06.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Unter Informationen der Verwaltung liegen keine Punkte vor.

6. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 04.06.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6.1

Gegenstand: Vermietung einer Gewerbeeinheit in der Roßmarktstraße

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen), die Stadtverwaltung damit zu beauftragen, einen Mietvertrag über die Gewerbeeinheit im Erdgeschoss der Roßmarktstraße 35 zu schließen.

Im Falle eines Nichtzustandekommens dieses Mietvertrags beauftragt der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss die Verwaltung, mit der nächstplatzierten Bewerbung einen Mietvertrag zu schließen.

6. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 04.06.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6.2

**Gegenstand: Vermietung der Gewerbeeinheit im Erdgeschoß in der Wormser Straße
 Nutzung der Räumlichkeiten im Obergeschoss in der Wormser Straße**

Aufgrund der Diskussion wird die Beschlussfassung verschoben und eine überarbeitete Vorlage nachgereicht.

6. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 04.06.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7.1

Gegenstand: **Erwerb eines Anwesens in der Schwabsgasse**

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig:

Dem Erwerb des Anwesens wird zugestimmt. Alle Nebenkosten des Rechtsgeschäftes gehen zu Lasten der Stadt Speyer.

6. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 04.06.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7.2

Gegenstand: **Erbbaurechtsvertrag Holzstraße**

Aufgrund der Diskussion wird die Entscheidung bis zu einer Ortsbegehung vertagt.

6. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 04.06.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8.1

Gegenstand: Vertragsangelegenheiten

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig die Zustimmung zu den vorgelegten Eckpunkten des Vertrags.

6. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer am
04.06.2025

6. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses 04.06.2025 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das
Gesamtdokument!